

Niederschrift

64. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.10.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:**Ausschussvorsitz**

Herr Mike Schubert Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD	
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	
Herr Falk Richter	DIE aNDERE	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis ca. 17:15 Uhr
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	
Herr Sven Brödnö	DIE aNDERE	
Herr Helmar Wobeto	AfD	ab 17:15 Uhr

Nicht anwesend sind:**Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28.09.2022
- 3 Gespräch mit der Präsidentin der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf
- 4 Gespräch mit dem Präsidenten der Universität Potsdam
- 5 Aktuelle Situation Energielage
- 6 Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von
Geflüchteten und Migranten an 4 Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0880
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 7 Überplanmäßige Auszahlung (Investition) für die Ausstattung der kommunalen
Integrationskita „Georg-Hermann-Allee“ im Bornstedter Feld, Georg-Hermann-
Allee 141 in 14469 Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0887
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 8.1 Arbeitsfähigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) stärken
Vorlage: 22/SVV/0818
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
- 8.2 Aktualisierung und Umsetzung der Verfahrensschritte zur Phase 3 „Forum an
der Plantage“ sowie Klärung zur weiteren befristeten Duldung des
Rechenzentrums
Vorlage: 22/SVV/0828
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.3 Vorbereitung Kuratoriumssitzung Stiftung Garnisonkirche
Vorlage: 22/SVV/0831
Fraktion DIE LINKE
- 9 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1 Evaluierung der Pilotphase des Potsdam Bonus bei der ProPotsdam gemäß Beschluss: 21/SVV/1119
- 9.2 Wirtschaftsplan und touristischer Marketingplan 2023 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 22/SVV/0886
Oberbürgermeister, FB Kommunikation und Partizipation
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2022

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Nachtragstagesordnung schlägt er vor, den Punkt **5, Aktuelle Situation Energielage**, zu streichen, da es derzeit keine relevanten Informationen gibt. Unter dem Punkt „Sonstiges“ wird Herr Jetschmanegg Informationen zum Allris geben und Frau Aubel zur neuen Elternbeitragsordnung für die Kindertagesbetreuung.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Auskunft zu folgenden Punkten:

- Absage des Workshops mit den Fraktionen am kommenden Freitag
- fehlende Antwort auf eine Kleine Anfrage zum Grundrecht auf Wohnen
- Einrichtung eines Impfzentrums
- Appell Mieterschutz

Bezüglich einer fehlenden Antwort auf eine Kleine Anfrage bittet auch Herr Dr. Niekisch um Auskunft.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 63. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 28.09.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 3 Gespräch mit der Präsidentin der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister die Präsidentin der Filmuniversität, Frau Prof. Dr. Susanne Stürmer, die anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Filmuniversität selbst und deren erfolgreiche Arbeit vorstellt sowie aktuelle Themen und Perspektiven und das Agieren der Uni als Partnerin der Stadt Potsdam darstellt.

Seitens der Hauptausschussmitglieder wird die erfolgreiche Arbeit der Filmuniversität mehrfach unterstrichen und gewürdigt sowie Nachfragen gestellt, wie zur Einbindung in das gegenwärtige Baugeschehen am Standort, zur Zusammenarbeit mit dem Filmgymnasium und zur Rolle der Ausgründungen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich ausdrücklich bei Frau Prof. Dr. Susanne Stürmer für die Informationen und die geleistete Arbeit, die ebenso erfolgreich auch in der Zukunft möglich sein sollte.

zu 4 Gespräch mit dem Präsidenten der Universität Potsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Präsidenten der Universität Potsdam, Herrn Prof. Oliver Günther, der anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Universität Potsdam mit Fakten und Zahlen mit ihren 3 Standorten und 7 Fakultäten vorstellt. Er geht im Weiteren u.a. auf die Masterprogramme in Englisch ein, auf die Haushaltssituation, den Bereich Forschung, die internationale Kooperation als Schlüssel zum Erfolg und die Begleitung der Studierenden durch Services vom ersten Semester bis zum Abschluss.

Anschließend bedankt sich Herr Heuer für den umfassenden, inhaltsreichen Vortrag sowie in seiner Funktion als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung für die Unterstützung der Universität durch die zeitweilige Bereitstellung eines Tagungsraumes während der Corona-Pandemie.

Im Nachgang werden Fragen zur bedarfsgerechten Lehrerbildung, zur aktuellen Situation des Studentendorfes, zur Energielage und deren Auswirkungen auf den Gebäudebestand, nach Herausforderungen durch das erhebliche Wachstum der Uni, zu Zukunftsaussichten und zum studentischen Wohnen in Potsdam beantwortet.

Der Oberbürgermeister würdigt die erfolgreiche Arbeit der Universität Potsdam und deren Rolle in der Landeshauptstadt.

zu 5 Aktuelle Situation Energielage

Der Punkt wurde mit der Feststellung der Tagesordnung gestrichen.

zu 6 Vergabe von sozialen Dienstleistungen - Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Migranten an 4 Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0880

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe eines Auftrages zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Migranten am Standort An den Kopfweiden 30 in 14473 Potsdam im Zeitraum 01.01.2023 bis längstens 30.11.2026 durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe eines Auftrages zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Migranten am Standort Handelshof 20 in 14478 Potsdam im Zeitraum 01.01.2023 bis längstens 30.11.2026 durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.
- 3.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe eines Auftrages zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Migranten an den Standorten David-Gilly-Str. 5 in 14469 Potsdam und Peter-Huchel-Str. 4 in 14469 Potsdam im Zeitraum 01.01.2023 bis längstens 30.11.2026 durchzuführen, auf das im Vergabeverfahren ermittelte wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Betreibervertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 7 Überplanmäßige Auszahlung (Investition) für die Ausstattung der kommunalen Integrationskita „Georg-Hermann-Allee“ im Bornstedter Feld, Georg-Hermann-Allee 141 in 14469 Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0887

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Für die Ausschreibung der Ausstattung der Integrationskita „Georg-Hermann-Allee“ im Bornstedter Feld, Georg-Hermann-Allee 141 in 14469 Potsdam (Investitionsnummer: 23000014) wird zur Deckung der

Mehrauszahlungen die überplanmäßige investive Auszahlung i.H.v. 362.000 EUR im Haushaltsjahr 2022 genehmigt.

Die Deckung bildet die Investitionsmaßnahme „Sanierung diverser Kindertagesstätten“ (Investitionsnummer: 35000005).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

zu 8.1 Arbeitsfähigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) stärken Vorlage: 22/SVV/0818

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Frau Hüneke bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ein und verweist auf die dazu in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geführte Diskussion sowie auf die bestehende große Einigkeit zu diesem Anliegen. Sie verweist auf die zum heutigen Tag vorgelegte modifizierte Fassung mit folgendem Inhalt:

Der OBM wird beauftragt, unmittelbar noch in diesem Jahr 6 Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) auszuschreiben und zu besetzen.

Weiterhin ist anhand einer Personalbemessungsuntersuchung und einer Prozessuntersuchung, die den Richtwert für Personalberechnung der BAG ASD / kommunale soziale Dienste und den Vergleich von Städten im KGSTVergleichsring berücksichtigt, die Anzahl der darüber hinaus benötigten Stellen darzustellen.

Dazu ist ein Zeitplan vorzulegen und abzusichern, dass die ermittelten Stellen jeweils sobald wie möglich besetzt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2022 Bericht zu erstatten.

Darauf Bezug nehmend bittet der Oberbürgermeister, die Inhalte der Berichterstattung hinsichtlich der Stellenbesetzung, des Zeitplans und der Personalbemessungs- und Prozessuntersuchung konkreter zu fassen. Nach einigen Hinweisen und Fragen, stellt Frau Aibel das „Gesamtpaket“ bzgl. der Arbeitsfähigkeit des ASD und insbesondere die bereits eingeleiteten Maßnahmen dar. Entsprechend der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Präzisierung des Antrags werde sie diese Inhalte im Dezember dieses Jahres in Form einer Präsentation darstellen. Bezüglich der Besetzung der Stellen betont sie, dass dies schwer zu beeinflussen ist und sich dieser Punkt nur auf die Ausschreibung der 6 Stellen beziehen könne. Dies auch, um kein falsches Signal an die Mitarbeitenden zu senden.

Anschließend wird die vom Oberbürgermeister modifizierte Fassung wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der OBM wird beauftragt, unmittelbar noch in diesem Jahr 6 Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) auszuschreiben und zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Weiterhin ist anhand einer Personalbemessungsuntersuchung und einer Prozessuntersuchung, die den Richtwert für Personalberechnung der BAG ASD / kommunale soziale Dienste und den Vergleich von Städten im KGSTVergleichsring berücksichtigt, die Anzahl der darüber hinaus benötigten Stellen darzustellen.

Dazu ist ein Zeitplan vorzulegen und abzusichern, dass die ermittelten Stellen jeweils sobald wie möglich besetzt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2022 ein Bericht zum Zeitplan und zur geplanten Personalbemessungs- und Prozessuntersuchung sowie zur Besetzung der 6 Stellen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 8.2 Aktualisierung und Umsetzung der Verfahrensschritte zur Phase 3 „Forum an der Plantage“ sowie Klärung zur weiteren befristeten Duldung des Rechenzentrums

Vorlage: 22/SVV/0828

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Anschließend informiert Herr Kümmel, Geschäftsstelle Bauen, über den aktuellen Sachstand, einschließlich der baurechtlichen Voraussetzungen, dem Stand der Verständigung mit der Stiftung Garnisonkirche, dem Stand der Verhandlungen zu einer Verlängerung des Konzessionsvertrages und den finanziellen Auswirkungen.

In der sich anschließenden Diskussion werden die einzelnen Arbeitsergebnisse, notwendigen Arbeitsschritte und derzeitigen Sachstände aus Sicht einzelner Mitglieder des Hauptausschusses diskutiert und bewertet sowie Nachfragen beantwortet.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er den Entwurf der Ausschreibung der Machbarkeitsstudie in der Hauptausschusssitzung am 30.11.2022 vorlegen werde.

Aufgrund dessen stellt Frau Hüneke den Antrag festzustellen, dass die DS 22/SVV/0828 erledigt ist.

Abstimmung:

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**, bei einigen Stimmenthaltungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. Zur Realisierung der Phase 3 „Forum an der Plantage“ umgehend einen Vorschlag für die nächsten Verfahrensschritte sowie ggf. erforderliche strukturelle Anpassungen vorzulegen. Das Ziel besteht darin, die mit dem Beschluss vom Januar 2022 avisierte breitere Gesprächsebene zur Konkretisierung der Entwicklungsziele für das „Forum an der Plantage“ zu beginnen und mit den dann erarbeiteten Konkretisierungen die Machbarkeitsstudie vorzubereiten bzw. voranzubringen. Spätestens im November 2022 sollen die Gespräche beginnen.
2. Daneben ist das Verfahren zur Klärung der offenen Fragen in der Nachbarschaft von Garnisonkirchturm und Rechenzentrum in Bezug auf Betriebsgenehmigung und Bauordnungsrecht (Brandschutz, Abstandsflächen) für eine weitere befristete Nutzungsduldung des Rechenzentrums über Ende 2023 hinaus darzulegen.

Zu beiden Punkten ist dem Hauptausschuss am 12. Oktober 2022 Bericht zu erstatten.

zu 8.3 Vorbereitung Kuratoriumssitzung Stiftung Garnisonkirche
Vorlage: 22/SVV/0831
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein und bittet, im ersten Satz das Wort „aufgefordert“ durch „gebeten“ zu ersetzen. Auch wenn die Stadtverordnetenversammlung „rechtlich gesehen“ den Oberbürgermeister nicht beauftragen könne, so sei es aus seiner Sicht trotzdem möglich, diese Tendenzabstimmung hinsichtlich des Stiftungszweckes zu veranlassen.

Diese fehlende rechtliche Möglichkeit, die sich auch im vorliegenden Rechtsgutachten wiederfindet, wird in der sich anschließenden Diskussion mehrfach betont. Der Wunsch nach Behandlung der im Antrag genannten Themen wurde gehört, so der Oberbürgermeister und er habe bereits am 22. August kommuniziert, diese und andere Themen in die nächste Sitzung des Kuratoriums zu tragen, so dass es dieses Antrags nicht bedurft hätte.

Auf den Vorschlag von Herrn Dr. Wegewitz verweisend, den Antrag gem. § 23 Buchstabe a) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung als **unzulässig zurückzuweisen** beantragt Frau Dr. Zalfen den Schluss der Debatte und die Abstimmung dieses Antrags.

Nachdem alle Fraktionen die Gelegenheit hatten sich zu äußern:

Abstimmung:

Der Antrag, die DS 22/SVV/0831 als **unzulässig zurückzuweisen** wird mit

Zustimmung:	9
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	2

angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in seiner Eigenschaft als Vertreter der Landeshauptstadt im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche in die für November geplante Kuratoriumssitzung folgende Initiativen einzubringen:

1. Eine Tendenzabstimmung zu einer möglichen Veränderung des Stiftungszwecks mit dem Verzicht auf den Wiederaufbau des historischen Kirchenschiffs.
2. Eine Diskussion des Kuratoriums mit dem Ziel, sich von den im „Ruf aus Potsdam“ formulierten geschichtsrevisionistischen Positionen klar zu distanzieren.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**zu 9.1 Evaluierung der Pilotphase des Potsdam Bonus bei der ProPotsdam gemäß Beschluss: 21/SVV/1119**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Arnt von Bodelschwingh, der sich mit der Firma Regiokontext auf die Beratung und Forschung insbesondere zu Fragen der Wohnraumförderung und der Wirtschaftsförderung spezialisiert habe und diese Pilotphase bei der Pro Potsdam begleitet.

Herr von Bodelschwingh erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) das Ziel der Pilot-Evaluierung und deren Rahmenbedingungen, die Optionalisierung der Punktevergabe, das Vorgehen, den Vermietungsprozess, die Datengrundlage, und die Ergebnisse.

Im Ergebnis, so der Oberbürgermeister habe sich der Weg als richtig erwiesen, und funktioniere der Potsdam Bonus. Er bedankt sich bei den Akteuren und betont, dieses erfolgreiche Projekt für die PotsdamerInnen weiterhin umzusetzen.

**zu 9.2 Wirtschaftsplan und touristischer Marketingplan 2023 der PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH
Vorlage: 22/SVV/0886**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation und Partizipation

Der Oberbürgermeister verweist auf die aktuellen Herausforderungen gerade in der Tourismusbranche, die von Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, bei der Erläuterung der vorliegenden Mitteilung weiter untersetzt werden. Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Information Allris

Herr Jetschmanegg, Leiter der Zentralen Verwaltung, informiert, dass sich die Verwaltung „auf den Weg gemacht“ habe, mit einem Upgrade des seit dem Jahr 2000 verwendeten Ratsinformationssystems „Allris“ auch den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Rechnung zu tragen, zukünftig eine Beschlussverfolgung zu installieren sowie Hybridsitzungen der Gremien inklusive einer digitalen Abstimmung zu ermöglichen. Er betont, dass damit erstmals die sogenannte Betriebsform „Software as a Service“ genutzt wird, so dass der entsprechende Server weder physisch noch virtuell vor Ort betrieben wird noch die Betreuung der Software erfolgt. Beides werde in die Hände eines privaten Anbieters gelegt und die Software in einer sogenannten Cloud betrieben. Mit der technischen Umsetzung werde im Februar 2023 begonnen.

Elternbeitragsordnung für die Kindertagesbetreuung

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aubel, verweist auf die Ankündigung eine möglichst einheitliche Elternbeitragsordnung für die Kindertagesbetreuung, die sozial gerecht ist und zu keiner deutlichen Mehrbelastung im nächsten Doppelhaushalt führt, vorzulegen. In der Erarbeitung sei die Verwaltung auf der „Zielgerade“. Durch die Ankündigung des Landes, Familien mit mittleren und kleineren Einkommen stärker unterstützen zu wollen, habe sie den „Prozess“ gestoppt und werde sich die Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung verzögern.

fehlende Antworten auf eine Kleine Anfrage

Der Oberbürgermeister gibt zur Kenntnis, dass die von Herrn Dr. Niekisch angemahnte Kleine Anfrage DS 22/SVV/0672 bereits seit dem 01.09.2022 beantwortet im RIS veröffentlicht wurde.

Die Kleine Anfrage von Herrn Dr. Scharfenberg 22/SVV/0719 wäre wegen der fehlenden Zuständigkeit der Stadt an sich nicht zulässig. Um sie aber nicht zurückweisen zu müssen, wurde der Rahmen für eine mögliche Beantwortung geprüft und liege jetzt eine Antwort vor.

Grundsätzlich sei anzumerken, dass gem. § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung nur der Vorsitzende das Recht habe, die fehlenden Antworten gegenüber dem Oberbürgermeister anzunehmen.

Absage des Workshops mit den Fraktionen zur kommunalpolitischen Zusammenarbeit

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, warum dieser für den kommenden Freitag geplante Workshop nun kurzfristig abgesagt wurde, erklärt der Oberbürgermeister, dass es hier zu mehrfachen Terminüberschneidungen der Teilnehmenden gekommen sei. Die Inhalte werden nun mit den Fraktionsgeschäftsführenden vorbereitet und der abgesagte Termin schnellstmöglich nachgeholt.

Impfzentrum

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Einrichtung eines weiteren Impfzentrums geplant sei, verweist Frau Meier darauf, dass die Impfstelle noch nicht vollständig ausgelastet ist und damit die Kapazitäten als ausreichend erscheinen, um den Bedarf zu decken. Eine Aufstockung des Angebots ist darüber hinaus noch möglich.

Appell Mietschutz

Mit der DS 22/SVV/0829, so Herr Dr. Scharfenberg, wurde der Oberbürgermeister aufgefordert, die Wohnungsunternehmen über den Appell der Stadtverordnetenversammlung zu informieren, aufgrund der gegenwärtigen Situation auf Mieterhöhungen und Wohnungsräumungen zu verzichten. Dieser Brief, so Frau Meier, sei in Arbeit und werde in den nächsten Tagen rausgehen.